Stadtrat Johanngeorgenstadt; 1. Pfarrerstelle a. d. Nikolaikirche in Leipzig (Leipzig I), Gr. XII, Koll. Stadtrat Leipzig.

Schwarzenberg. Es ist geplant, am Rockelmannsbhang ein Lufthad zu errichten. Der Stadtrat hat vorgeschlagen, zum Ankauf der erforderlichen Baumaterialien 1200 M. zu bewilligen. Vor längerer Zeit hatten die städtischen Kollegen beschlossen, von der Industrie einen Wasserzinszuschlag von 50 Prozent zu den üblichen Sätzen zu fordern. Die Industrie hielt diese Belastung für untragbar. Der Wasserwirtschaftsausschuß befürwortete eine Ermäßigung des Zuschlags von 50 auf 25 Prozent. Nach längerer Aussprache ist der Vorschlag des Wasserwirtschaftsausschusses gegen 10 Stimmen der Linken angenommen worden. Vor dem Kriege wollten die Gemeinden Lauter und die ehemalige Gemeinde Neuwelt neue Quellen an ihre Wasserleitungen anschließen. Daraufhin erhob sowohl die Gemeinde Lauter als auch Neuwelt gegen die Planung der anderen Gemeinde Widerspruch, da jede Gemeinde durch die Quellenfassung der anderen sich benachteiligt fühlte. In der am 19. September abgehaltenen Wasseramtssitzung kamen die Vertreter von Schwarzenberg und der Gemeinde Lauter dahin überein, ihren Kollegien die Rücknahme der wechselseitigen Widersprüche vorzuschlagen. Das Schwarzenberger Kollegium hat hierzu beschlossen, den Widerspruch zurückzuziehen, falls Lauter das Gleiche tut.

Freiberg. In der letzten Stadtverordnetensitzung teilte beim Beginn der Beratung des Haushaltplanes Oberbürgermeister Dr. Hartenstein mit, daß der Haushaltplan mit einem Fehlbetrage von 500 000 Mark abschließt. Hinsichtlich der Frage der Verschmelzung der beiden höheren Lehranstalten (Gymnasium und Realgymnasium) soll dem Ministerium mitgeteilt werden, daß die Stadt auf die Vorschläge des Ministeriums nicht eingehen könne. Der ministerielle Vorschlag lief nicht auf die von der Stadt angestrebte Verstaatlichung des Realgymnasiums, sondern auf eine Verstadtlichung des Gymnasiums hinaus. Was den kommunistischen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für die bei den Oktoberunruhen vorigen Jahres von der Reichswehr Erschossenen angeht, so wurde von dem Beschluß des Stadtrats, der den Antrag ablehnt, Kenntnis genommen.

Neustadt. Der Kasseninspektor und ein Oberverwaltungssekretär der Stadthauptkasse sind ohne Pensionsanspruch fristlos entlassen worden, weil sie der Unterschlagung städtischer Gelder beschuldigt werden. Sie hatten sich eigenmächtig Vorschüsse von 3000 und 1500 M. angewiesen, ohne in der Lage zu sein, diese Beträge in absehbarer Zeit zurückzahlen zu können. Die Unregelmäßigkeiten wurden bei einer Revision entdeckt, die vorgenommen wurde, als Unterschlagungen von Freibankgeldern entdeckt worden waren, die ein anderer Kassenbeamter begangen hatte.

Steinigtwolmsdorf. Bei dem von der Linken geforderten Volksentscheid über die Frage: „Sollen die Gemeindeverordneten aufgelöst werden?" gingen von 1588 Wahlberechtigten nur 611 zur Abstimmung, während der größte Teil der Wähler der von bürgerlicher Seite ausgegebenen Parole auf Stimmenthaltung Folge geleistet hatte. Von 611 abgegebenen Stimmen lauteten 548 für Ja, 39 für Nein; 14 Zettel waren unbeschrieben, 8 ungültig und 2 Umschläge leer. Damit hat die Bürgerschaft mit fast Zweidrittelmehrheit die Auflösung der Gemeindeverordneten abgelehnt und auch die Abberufung des Bürgermeisters Klobloch endgültig bestätigt.

Oberschlema. Die hiesige Siedlungsgenossenschaft beginnt im nächsten Frühjahr mit dem Bau einer größeren Zahl von Einfamilienhäusern an der Staatsstraße Aue—Schneeberg. Die Gemeinde wird dieses Vorhaben möglichst fördern, sie stellt für jede Wohnung 600 bis 700 Quadratmeter Land im Erbpacht und ein Darlehen von 3000 Mark zur Verfügung.

Dresdner Kurse vom 13. Oktbr.

			Millionen M.
Deutsche Staatspapiere.			
	Schatz. Anl. d. D. Reichs 1—5 Doll.	L. S.	100000000 G
	desgl. 6% 10—1000 Doll.		94750000 G
	Pl. Dollar-Sch.-Anw.		—
8.	Deutsche Reichsanleihe	3	1355000 bG
8.	desgl. desgl.	3½	890000 bG
8.	desgl. desgl.	4	900000 bG
8.	desgl. desgl.	5	553000 bG
1/7	Deutsche IV.—V. Reichs-Sch. 191.	4½	510000 bG
1/7	desgl. VI.—IX. desgl.	4½	449000 bG
1/7	Deutsche Schutzgebiet-Anleihe	4	5710000 bG
	Deutsche Spar-Prämien-Anleihe	0	455000 bG
8.	Sächsische Rente	3	956000 B
1/7	desgl. Staatsanl. v. 52/53 à 1500 M.	3½	1700000 bG
8/9	desgl. desgl. (Reichsschuld)	4	535000 G
8/9	desgl. desgl. (Landesschuld)	4	630000 bG
	desgl. desgl. vom 1./1. 23	6	—
1/7	Löbau-Zittauer Eisenb.-Akt. à 500 M.	3½	3500000 G
1/7	desgl. desgl. à 75 M.	4	—
1/7	Landeskulturrente à 5000 M.	3½	1000000 B
1/7	desgl. à 50000 u. 20000 M.	4	—
8.	Preuß. kons. Anleihe	3	1000000 bG
8.	desgl. desgl.	3½	995000 bG
8.	desgl. desgl.	4	910000 G
Verschiedene Anleihen.			
1/7	Weißeritztalsperre	4	7250000 G
1/7	Dresdner Handelskammer	4	—
1/7	Dresdner Lagen-Anleihe	4	—
1/7	Schwarzbg. Landeskredit. Rudolstadt	4	—
Stadt-Anleihen.			
4/10	Dresdner Stadtschuldscheine v. 1905	3½	615000 bG
1/7	desgl. desgl. 1918	4	870000 bG
4/10	desgl. desgl. 1920	4½	500000 B
1/7	desgl. desgl. 1922	6	20000 G
1/7	desgl. desgl. 1923	8—18	3000 bG
8/9	Langen 1923	11	1500 G
8/9	desgl.	8—20	1000 G
1/7	Zwickau 1903	4	—
	Chemnitz	3½	1000000 bG
	desgl.	4	1000000 bG
4/10	Leipzig 1923	8	—
1/7	Plauen i. V. 1903	1½	400000 G
1/7	desgl. 1898	4	4100000 G
1/7	desgl. 1897	4	4100000 G
1/7	desgl. 1903	4	4100000 G
1/7	desgl. 1910	4	4100000 G
1/12	desgl. 1923	6	—
4/10	Zwickau	8—26	300 bG
Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe.			
8.	4 rundt. u. Hyp.-Akt. Dresd. Pfandbr.	3½	4300000 bG
8.	desgl. desgl.	4	1950000 bG
8.	desgl. desgl. Rentenbfe.	4	2500000 G
4/10	Kred. Sächs. Gem. Kom.-Kr.-Gr. Ser. VI	5/18	12000 B
1/7	desgl. Kom.-Pfandbr. R. 1	4	600000 bG
4/10	Landw. Pfandbriefe	3	2700000 B
8.	desgl. desgl.	3½	8500000 G
8.	desgl. desgl.	4	—
1/7	desgl. Kreditbriefe	3	10750000 bG
1/7	desgl. desgl.	3½	9100000 bG
8.	desgl. desgl.	4	100000 G
1/7	desgl. desgl.	7	—
1/7	Landschaftl. Pfandbriefe	3	4000000 G
1/7	desgl. desgl.	3½	4100000 bG
1/7	desgl. Kreditbriefe	3½	—
1/7	desgl. desgl.	4	2950000 bG
1/7	Leipziger Hypothekenbank Ser. 18	12	300000 B
4/10	Mitteld. Bodenkr. Pfandb. Reihe I	3½	—
8.	desgl. Reihe IV, VI	4	—
1/7	desgl. Reihe VII	4	—
8.	desgl. 4 rundentenbriefe R. II	4	—
8.	Preuß. Centr.-Bodenkr. 1899, 1901, 07	4	—
1/7	desgl. desgl. R.-O. 1901/12	4	2000000 bG
8.	Sächs. Bodenkr.-Pfdbr. S. I, II	3½	4500000 bG
4/10	desgl. desgl. S. V	3½	4100000 bG
4/10	desgl. desgl. S. Va	3½	—
1/7	desgl. desgl. S. III	4	4100000 G
8.	desgl. desgl. S. IV, 8, 9, 10, 11	4	3700000 bG
4/10	desgl. desgl. S. 13	4	—
4/10	desgl. desgl. S. 14	4	450000 B
4/10	desgl. desgl. S. 14a	4	100000 G
1/7	desgl. Komm.-Oblig. S. 1	4	—
1/7	desgl. desgl. S. 2	4	—
8/7	desgl. desgl. S. 3	4	—
1/7	Sächs. Erbl. Pfandbriefe S. 17a	3	10000000 G
1/7	desgl. desgl.	3½	3000000 G
1/7	desgl. desgl. S. 20a, 22a, 23	4	1350000 G
Wertbeständige Anleihen.			
	Sächs. Bauerngilten 1/11		1650000 bG
	desgl. III		1600000 G
	desgl. IV		1600000 G
	Sächs. Roggen-Anleihe	5	450000 bG
	Dresdner Roggen-Anleihe	5	450000 G
	Bautzner Roggen-Anleihe	5	400000 B
	Landeskultur-Roggenrentenscheine	5	5000000 B
	Gold-Landeskulturrentenscheine	5	700000 G
	Goldpfandbr. des landw. Kreditv.	5	1700000 G
	Kraftwerk Thüringen Grund	5	—
	Sächs. Bodenkred. Gold-Hyp.-Pfandbr.	5	600000 G
	Kredit-Anst. Sächs. Gem. Goldkreditbr.	5	900000 G
	Zwickauer Steinkohlenwertanleihe	5	2750000 B

Volkswirtschaft und Handel.

Berlin, 13. Oktober. Edelmetallpreis. Gold, 10 g fein, 28,10—28,20 M.

Die Goldumstellung im Anilin-Konzern.

Nun hat auch die Interessengemeinschaft des Anilin-Konzern zur Frage der Umstellung der Bilanzen auf Gold Stellung genommen. Man war seit langem gespannt, wie der geschlossenste aller deutschen Unternehmungskomplexe die schwierige Frage der Goldumstellung beantworten würde. An den Börsen kursierten seit Wochen allerhand Gerüchte und die Papiere der Interessengemeinschaft fanden ein besonderes Interesse. Nun ist der Schleier gelüftet worden: Das Aktienkapital der Stammunternehmungen des Anilin-Konzern soll im Verhältnis von 5 : 1 zusammengelegt werden. Die Stammwerke der Interessengemeinschaft hatten das Kapital in dem verflossenen Jahrzehnt sehr stark erhöht. Das Verhältnis des Friedenskapitals zu dem verwässerten Papiermarkkapital dürfte aus nachstehender Zusammenstellung hervorgehen:

	Stammkapital in Millionen Mark 1914	1924	Voraussichtlich nach der Umstellung
Badische Anilin- u. Sodafabrik	54	880	176
Farbenfabriken Bayer & Co.	54	880	176
Höchster Farbwerke	50	880	176
A.-G. für Anilinfabr. Treptow	19,80	298	59,60
Chem. Fabr. Griesheim Elektr.	16	220	44
Chem. Fabr. Weiler-ter Meer	8	67,70	13,46
L. Cassella & Co. G. m. b. H.	25	304,40	60,88
	226,80	3 529,70	705,94

Gegenüber dem Friedenskapital würde also das Stammkapital der Interessengemeinschaft in Gold ungefähr dreimal höher sein. Hierbei ist angenommen, daß das Gesellschaftskapital der Leopold Cassella & Co., die eine G. m. b. H. ist und deren Gesellschaftsanteile sich in den Händen der übrigen Konzerngesellschaften befinden, in derselben Relation zusammengelegt wird. Des ferneren bestehen Vorzugsaktien, die seinerzeit zum Schutze gegen die Überfremdung geschaffen wurden. Diese wurden gegenseitig ausgetauscht. Wie die Zusammenlegung hier vor sich gehen soll, steht noch nicht fest.

Die Frage liegt nahe, ob das mit dreifacher Höhe notierte Stammkapital gegenüber demjenigen der Friedenszeit das verkündete Wertverhältnis bei den betreffenden Werken widerspiegelt. Das ist zu bezweifeln. Der Krieg hat auf die innere Ausgestaltung der Werke der Interessengemeinschaft ungeheuer eingewirkt. Die Anforderungen der Heeresleitung waren nur zu bewältigen, wenn die Produktionsmöglichkeiten gewaltig vermehrt wurden. Der Segen der Kriegsgewinne setzte sich deshalb zunächst in Fabrikbauten und der technischen Verbesserung der Werke um. Hinzu traten Neuerwerbungen aller Art. Diese Expansion setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Was aber besonders für die Werkvergrößerung der Interessengemeinschaft ins Gewicht fällt, ist der Zuwachs der Ammoniakwerke Merseburg-Oppau. Diese Riesenwerke, die einzig in ihrer Art dastehen, wurden mit billigen Arbeitskräften unter Zuschuß von Reichsmitteln errichtet. Der Goldwert dieser beiden Werke dürfte ganz gewaltig sein, zumal sich in deren Besitz noch Gipswerke im Harz und in Württemberg befinden. Erwähnt werden muß auch noch die neugeschaffene Selbstversicherungsgesellschaft Pallas, Aktiengesellschaft.

Bei der Betrachtung des Anilin-Konzerns darf ferner nicht außer Beachtung bleiben, daß die 7 Gesellschaften, die die Interessengemeinschaft bilden, eben nur Kopfgesellschaften sind, in deren Rahmen sich noch eine große Zahl von Tochtergesellschaften befinden.

* **Einreichung der Goldbilanzen und Inventare für Steuerzwecke.** Mit dem 30. September 1924 ist für die Mehrheit der Steuerpflichtigen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, die Frist zur Einreichung der handelsrechtlichen Goldmark-Eröffnungsbilanz oder einer unter bestimmten Voraussetzungen an deren Stelle tretende Vermögensaufstellung nach Art und Menge (Inventar) beim Finanzamt abgelaufen. Nur Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit brauchen, sofern ihr Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, die bezeichneten Unterlagen erst bis zum 30. November 1924 dem Finanzamt vorzulegen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bilanzaufstellung und die Unklarheit, die in den beteiligten Kreisen über die geltenden Einreichungsfristen vielfach bestanden hat, sind die Finanzämter durch einen Erlaß des Reichsministers der Finanzen angewiesen worden, von der Verhängung von Ordnungsstrafen wegen Nichteinhaltung der Frist sowie von der Erzwingung der Einreichung durch Auferlegung von Geldstrafen zunächst abzusehen. Es empfiehlt sich jedoch für jeden Steuerpflichtigen, der bis zum 30. September 1924 seine Goldbilanz oder ein Inventar dem Finanzamt noch nicht eingereicht hat, obwohl er hierzu verpflichtet war, beim Finanzamt einen Antrag auf Verlängerung der Einreichungsfrist zu stellen. Die Finanzämter sind ermächtigt, derartigen Anträgen stattzugeben; in der Regel wird das Finanzamt Fristverlängerung bis 30. November 1924 gewähren, in besonders begründeten Ausnahmefällen ist auch eine Erstreckung der Frist bis zum 31. Dezember 1924 möglich.

* Die durch das Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes bedingte **Neubildung des Reichsbankdirektoriums** ist in der Weise erfolgt, daß auf Grund des § 6 des Bankgesetzes die bisherigen Mitglieder zu Mitgliedern des Reichsbankdirektoriums neuernannt wurden, mit Ausnahme des mit Rücksicht auf die vorgesehene Altersgrenze ausgeschiedenen bisherigen Vizepräsidenten Exzellenz v. Glasenapp. An Stelle des letzteren wurde Geheimrat Kauffmann zum Vizepräsidenten ernannt.

* **Der deutsche Landwirtschaftsrat** tritt am 23. und 24. Oktober in Berlin zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate des Grafen Keyserlingk-Cammerau und Dr. Müller-Bonn über das Thema „Landwirtschaft und Handelspolitik". Weiter werden die Reichsversicherungsgesetzgebung und die Reichssteuergesetzgebung behandelt werden.

* **Die Kartoffelernte** reicht, nach der Auffassung der landwirtschaftlichen Ministerien, trotz lokaler Mißernten zur Deckung des Bedarfes vollkommen aus. Die in den westlichen Industriegebieten zutage getretene Preistreiberei hat ihren Grund nicht in irgendwelcher Knappheit, sondern in einer starken Nachfrage nach gelbfleischigen Kartoffeln, die dieses Jahr im Westen nicht gediehen sind und die im Osten nur wenig angebaut werden. Der Durchschnittspreis für Kartoffeln ist 2 bis 3 M. für den Zentner, für gelbfleischige Kartoffeln 5 bis 6 M. Da in diesem Jahre noch mehr als sonst der Osten für die Kartoffelversorgung in Frage kommt, spielen die Frachtspesen im Preis eine größere Rolle. Eine besondere Frachtermäßigung für Kartoffeln über die vor kurzem erfolgte Frachtermäßigung hinaus ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

* **Forderungen der Haus- und Grundbesitzer.** Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine tagte am Sonntag in Karlsruhe. Die Tagung stand im Zeichen des offenen Kampfes gegen die Wohnungs-Zwangswirtschaft. Die gegenwärtigen Grundsätze der Mietpreisbildung wurden als widersinnig erklärt. Die Mietzinssteuer müsse in ihrer heutigen Form beseitigt werden.

* **Das sächsische Stempelsteuergesetz in neuer Fassung** (mit den neuen Goldmarksätzen) wird demnächst im Roßbergschen Verlag in Leipzig erscheinen. Die Ausgabe ist vom Ministerialdirektor Lorey im sächsischen Finanzministerium bearbeitet und wird gebunden etwa 3 M. kosten.

* **Nach Fordschem Muster.** Die französischen Citröen-Werke haben eine Anzahl Kopenhagener Fabriken und Lagerhäuser gekauft und richten in diesen Montierungswerkstätten für ihre 5 und 10 PS-Typenwagen nach Fordschem Muster ein. Sie hoffen, von dieser Stelle aus sich nicht nur den skandinavischen und Randstaatenmarkt erobern zu können, sondern auch auf dem norddeutschen Markt Fuß zu fassen. Für das erste Jahr — der Betrieb hat am 1. Oktober begonnen — sind 100 000 Automobile für die Kopenhagener Filiale vorgesehen. Die Fordsche Konkurrenz glaubt Citröen nicht nur durch bessere Qualität, sondern vor allem durch Nachahmung des Fordschen Abzahlungssystems ausschalten zu können.

* **Der Woolworth-Konzern in Deutschland.** Die F. W. Woolworth Co., New York, die in den Vereinigten Staaten von Amerika und in England über 1500 Bazargeschäfte besitzt, plant die Errichtung eines großen Spielwarenhauses in Sonneberg. Der Verbrauch der Woolworth-Läden an deutschen Spielwaren betrug vom 1. Januar bis 15. August 1924 rund 33 000 Kisten. Der Woolworth-Konzern betreibt in den Vereinigten Staaten von Amerika 1365 Geschäfte mit ungefähr 35 000 Angestellten und in England 166 Betriebe. Nach der für 1925 vorgesehenen weiteren Ausdehnung wird er in den U.S.A. über 1450 Läden und in England über etwa 200 Läden verfügen.

* **Ein griechischer Auftrag zur Erbauung von 8000 Holzhäusern.** Der Berliner Sommerfeld-Konzern hat von der griechischen Regierung einen Riesenauftrag zur Erbauung von 8000 Holzhäusern erhalten.

* **Ende der Castiglioni-Krise?** Castiglioni hat in den Verhandlungen mit der Depositenbank und den großen Banken einen Ausgleich erzielt, der die Krise seines Hauses beseitigt. Er befriedigt danach sowohl die Gläubiger aus dem Spiritusgeschäft wie aus der Depositenbank. Damit sind auch die strafrechtlichen Fragen erledigt, die die Banca Commerciale veranlaßt haben, sich zurückzuziehen. Man rechnet nunmehr damit, daß die Bank jetzt Castiglioni wieder bei der Abwicklung der Liquidierungen helfen wird. Demnächst wird die österreichische Regierung Entwürfe einbringen, die aus den Erfahrungen der Bankkrise geboren sind, nämlich ein Bankdepotgesetz nach dem Muster des deutschen Gesetzes, und einen Entwurf zur Sicherstellung der Bankeinlagen.

*

Produkten-Börse zu Dresden.

Amtliche Notierungen am 13. Oktober 1924, nachm. 3 Uhr.
Börsenzeit: Montag und Freitag nachmittags 2—1/3 Uhr.
Wetter: Schön.

Weizen, inländischer, Basis 74 kg, 220—225, geschäftslos. Roggen, inländischer, Basis 72 kg, 218—223, geschäftslos. Sommergerste 250—280, ruhig. Wintergerste 230—245, ruhig. Hafer, neuer 201—210, ruhig. Hafer, beschädigter, 180—200, ruhig. Raps, scharf trocken, 350—370, fest. Mais 215—220, fest. Bohnen, kleine, 25,00—27,00, ruhig. Wicken 23—26, sehr fest. Trockenschnitzel 12,50—13,00, ruhig. Zuckerschnitzel 22,00—24,00, ruhig. Kartoffelflocken 21,00—22,50, ruhig. Weizenkleie 13,60—14,00, ruhig. Roggenkleie 13,00—13,60, ruhig. Weizenmehl: Bäckermundmehl 27,40—29,00, ruhig. Inlandsmehl, Type 70 %, 34,00—36,00, ruhig. Roggenmehl, Type 70 %, 34,00—36,00, ruhig.

Reichsmark über Notiz.

Die Preise verstehen sich bis einschließlich Mai pro 1000 kg, alle anderen Artikel pro 100 kg in Goldmark (eine Goldmark = 1/3 Dollar). Roggenkleie, Gerste, Wicken, Peluschken, Lupinen und Mais (Mehl frei Haus) in Mengen unter 5000 kg ab Lager Dresden, alles andere in Waggonmengen von 10000 kg mgl. sächs. Verladestationen.

Der Achtstundentag in der amerikanischen Stahlindustrie.

Ein Jahr Erfahrung: Direktoren und Arbeiter sind zufrieden.

F. Z. Vor einem Jahr wurde auf Anregung des Präsidenten Harding der Zwölfstundentag in der amerikanischen Stahlindustrie allgemein in den Achtstundentag umgewandelt, sodaß der Arbeitstag nicht mehr in zwei, sondern in drei Schichten eingeteilt wurde.

Über die Erfahrungen, die man in dem verflossenen Jahr mit dieser Änderung gemacht hat, veranstalteten die „New York Times" eine Umfrage unter Direktoren und Arbeitern.

Ein Betriebsleiter erklärte:

„Als der Achtstundentag eingeführt werden sollte, waren die jungen Arbeiter sofort alle dafür, während die älteren allerlei Erwägungen anstellten. Vor allem befürchteten sie eine Einkommensverringerung. Und dann waren sie allen Ernstes beunruhigt, was sie mit der ungewohnten Mußezeit beginnen sollten. Dieses Empfinden beherrschte auch die meisten leitenden Angestellten. Sie hatten jahrelang zwölf Stunden gearbeitet, und ihr Leben war eben völlig auf diese Arbeitseinteilung zugeschnitten. Als man dann mitteilte, daß die Gesellschaft die Hälfte des Verlustes tragen würde, herrschte bei den jungen Arbeitern wiederum voller Jubel, während die älteren noch schwankend blieben. Aber schon nach zwei Monaten lernten auch sie die Erholungsmöglichkeit schätzen. Familienväter widmeten sich Haus und Garten, die Jungen dem Sport, dem Ballspiel, dem Tanz, und das beliebteste Erholungsmittel wurde das Automobil, das die Arbeiter der Stahlindustrie in kleinen Raten abzuzahlen pflegen. An der Verbesserung ihrer Bildung liegt den Arbeitern aber nach meiner Erfahrung nur wenig. Sie sind wie die Kinder, die sich nach der Schule auf die Spielplätze stürzen. Immerhin gibt es eine ganze Reihe namentlich junger Arbeiter, die ihre Freizeit auf den Hochschulen und bei Vorträgen verbringen, um sich für eine bessere Arbeit fähig zu machen."

Ein Vorarbeiter sagte:

„Bessere Bildung? Ach nein, man kann alte Hunde keine neuen Kunststücke lehren! Ich bleibe lieber bei Muttern daheim. Die Frauen sind mit dem Achtstundentag im allgemeinen sehr zufrieden. Nur wenn der Mann die Freizeit benutzt, um heimlich zu brauen, wünscht die Frau nichts sehnlicher als die Wiedereinführung des Zwölfstundentages. Manche Vorarbeiter sind mit der Neuregelung unzufrieden, weil die Arbeiter vielfach noch einen zweiten Broterwerb suchen, worunter ihre Qualität leidet."

Die Meinung der Arbeiter:

Eine Rundfrage bei den Arbeitern ergab, daß alle mit einer Ausnahme mit dem Achtstundentag zufrieden waren. Die Ausnahme bildete ein Einwanderer, der sich so schnell wie möglich das Geld zur Rückkehr in die Heimat sparen wollte. Ein seit zwanzig Jahren im Stahlwerk beschäftigter Arbeiter erzählte, er habe jetzt seinen Enkel, der eigentlich Kaufmann werden sollte, in die Fabrik gegeben, wo er in der gleichen Arbeitszeit mehr verdienen könne, als auf dem Bureauschemel.

Die Einwirkung auf die Produktion:

Der Präsident der Carnegie-Stahlwerke, Homer D. Williams, glaubt, daß ein Urteil darüber, ob beim Achtstundentag intensiver gearbeitet wird, für die Stahlindustrie kaum möglich ist. „Der Produktionsvorgang wird in seinem Tempo durch die Leistung der Maschinen bestimmt und begrenzt. Eine Zeitersparnis durch größere menschliche Arbeitsfähigkeit kommt hier kaum in Frage. Immerhin können jetzt weniger nervöse Zusammenbrüche vorkommen, wodurch die Leistungsfähigkeit der Werke erhöht wird. Auch ist es möglich, daß der Achtstundentag die Arbeiter zu besonders sorgsamer Bedienung der Maschinen befähigt. Jeder Mensch hat im übrigen Anspruch auf Mußezeit, und wenn die Arbeiter diese Freizeit auch nicht zur Vervollkommnung ihrer Bildung benutzen, so verbessern sie doch wenigstens ihren physischen Zustand."

Der Direktor der National Tube Company, Schiller, befürchtet eine demoralisierende Wirkung des Achtstundentages. Er höre immer wieder von Leuten, die die Arbeit ein bis zwei Tage unterbrechen, um eine Autotour zu machen, worunter der Betrieb natürlich leide. Aber er sieht darin nur die Folgen einer Art Freiheitstaumels, der über die Arbeiter gekommen sei und sich erst austoben müsse. Die Frage, ob er lieber den Zwölfstundentag wieder eingeführt sehen möchte, verneinte er ganz entschieden. „Der Achtstundentag wird vor allem von der öffentlichen Meinung gefordert, und die ist ein wichtiger Faktor im Geschäftsleben."